

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. Dezember 1987**

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Beer (DIE GRÜNEN)	49, 50	Lowack (CDU/CSU)	34, 35
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	27, 28	Müller (Pleisweiler) (SPD)	21, 51
Börnsen (Ritterhude) (SPD)	15, 16	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	22, 23
Brück (SPD)	61, 62	Paterna (SPD)	19, 20
Frau Bulmahn (SPD)	38, 39	Pauli (SPD)	58
Catenhusen (SPD)	41, 42	Frau Saibold (DIE GRÜNEN)	63
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	47, 48	Schäfer (Offenburg) (SPD)	7, 8
Frau Faße (SPD)	17, 18	Scherrer (SPD)	5, 6
Fischer (Homburg) (SPD)	59, 60	Schulhoff (CDU/CSU)	52, 53
Gansel (SPD)	40, 46	Seidenthal (SPD)	9, 10
Gerster (Worms) (SPD)	54, 55	Frau Simonis (SPD)	57
Heistermann (SPD)	36, 37	Dr. Sperling (SPD)	1, 2
Frau Hensel (DIE GRÜNEN)	29, 30	Stiegler (SPD)	26, 45
Hiller (Lübeck) (SPD)	32, 33	Susset (CDU/CSU)	11, 12
Jungmann (SPD)	56	Uldall (CDU/CSU)	43, 44
Dr. Klejdzinski (SPD)	3, 4	Verheugen (SPD)	31
Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN)	24, 25	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	13, 14

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	11

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Wie hat sich die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau nach den bisher vorliegenden Zahlen im Verlauf dieses Jahres entwickelt?
2. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Welche Schlußfolgerung zieht die Bundesregierung daraus?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

3. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung prinzipiell das zwischen Amerikanern, Japanern und Europäern diskutierte Projekt einer Totalanalyse des menschlichen Erbgutes?
4. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Wird sich die Bundesregierung an derartigen Gesprächen zur Genomentschlüsselung beteiligen, wenn ja, in welcher Art und Weise?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

5. Abgeordneter
Scherrer
(SPD) Erwägt die Bundesregierung Maßnahmen zur Verbesserung des gewerblichen Mieterschutzes, um zu verhindern, daß zunehmend alteingesessene Handels- und Handwerksbetriebe aus den Innenstädten verdrängt werden?
6. Abgeordneter
Scherrer
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Forderungen nach einer Verlängerung des Kündigungsschutzes für Gewerbebetriebe, z. B. von drei auf sechs Monate?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

7. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Welche Informationen hat die Bundesregierung darüber, daß entgegen der Zusage von Ministerpräsident Albrecht und Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg die am 25. Juni 1987 feierlich

- von Ministerpräsident Albrecht der Öffentlichkeit übergebene Rauchgasentschwefelungsanlage beim Kohlekraftwerk Buschhaus nie in Vollbetrieb war, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
8. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Hat die Braunschweigische-Kohlebergwerke-AG (BKB) die Auflagen zum Betrieb des Kohlekraftwerks Buschhaus eingehalten, und wenn nicht, welche Folgerungen geben sich daraus?
9. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Rauchgasentschwefelungsanlage des Kraftwerkes Buschhaus nur unter mechanischen und prozeßtechnischen Schwierigkeiten betrieben wird und diese Einschränkungen dazu geführt haben, daß der Block „C“ (Kraftwerk Offleben) zur Zeit außer Betrieb und das Kraftwerk Buschhaus nur mit halber elektrischer Leistung gefahren wird, damit die vorgegebenen Grenzwerte eingehalten werden?
10. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD)
- Welche arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen sind zu erwarten, wenn Kraftwerk Buschhaus und der Block „C“ (Kraftwerk Offleben) mit voller elektrischer Leistung gefahren wird und die vorgegebenen Grenzwerte von $400 \text{ mg SO}_2/\text{m}^3$ Rauchgas und der vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg festgelegte Schwefeldioxid-Ausstoß von 35 000 Tonnen pro Jahr nicht eingehalten werden können?
11. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Meldung der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 18. November 1987 bestätigen, derzufolge das Institut für Polymere der ETH-Zürich ein Verfahren zur Herstellung von biologisch abbaubarem, breit einsetzbarem Plastik auf der Basis von Stärke anwendungsreif entwickelt hat?
12. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU)
- Wenn ja, sieht die Bundesregierung in dieser neuen Technologie Möglichkeiten für einen Beitrag zu einer umweltfreundlichen Müllentsorgung sowie für einen verstärkten Einsatz von Agrarrohstoffen, und was gedenkt die Bundesregierung zur Realisierung dieser Möglichkeiten zu tun?
13. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung mit uns der Ansicht, daß die im Störfallbericht der Gesellschaft für Reaktorsicherheit von 1986 vorgenommene veränderte Interpretation der Kategorie N von bisher „Dies sind in der Regel Vorkommnisse die über routinemäßige Ereignisse hinausgehen und im Sinne der BMI-Kriterien von Bedeutung sind“. Zu „Vorkommnissen von untergeordneter Bedeutung, die nur wenig über routinemäßige betriebstechnische Bedeutung hinausgehen“, eine deutliche Abschwächung der Bedeutung dieser Kategorie bedeuten?

14. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Wie groß werden von der Bundesregierung z. Z. die Probleme beim Planfeststellungsverfahren für die Atommülldeponie in der stillgelegten Eisenerzgrube „Konrad“ eingeschätzt, und wie sehen die konkreten Pläne aus, um das ehemalige Salzbergwerk ASSE II als Ausweichstandort einzurichten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

15. Abgeordneter
Börnsen (Ritterhude)
(SPD)
- Bezieht die Bundesregierung die bei der Deutschen Bundespost Beschäftigten in einen vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen propagierten offenen Dialog ein, und wie beurteilt die Bundesregierung ein Fernschreiben der Oberpostdirektion Bremen vom 30. Oktober 1987, in dem von den Amtsstellenleitern eine aktive Vertretung der Position des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen erwartet wird?
16. Abgeordneter
Börnsen (Ritterhude)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß zur Durchsetzung einer Neustrukturierung der Deutschen Bundespost eine breite Übereinstimmung gesucht und gefunden werden muß in der Gesellschaft, bei den Bürgern und bei den Beschäftigten?
17. Abgeordnete
Frau Faße
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen nicht bindend sein kann für die Meinungsbildung der bei der Deutschen Bundespost Beschäftigten?
18. Abgeordnete
Frau Faße
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß vor Inkrafttreten von Gesetzen die Meinungsbildung auch von Beamten, Angestellten und Arbeitnehmern der Deutschen Bundespost nicht durch die politische Führung vorgegeben und festgelegt werden darf?
19. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Welche Maßnahmen und Veranstaltungen hat die Bundesregierung nach Vorlage des Berichts der Regierungskommission Fernmeldewesen durchgeführt, um die Beschäftigten der Deutschen Bundespost auf die politische Position des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen festzulegen, und wie hoch waren die Kosten dafür?

20. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Welche Kosten sind der Deutschen Bundespost (DBP) nach Übergabe des Berichts der Regierungskommission Fernmeldewesen für Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften entstanden, um die Öffentlichkeit ausschließlich aus ihrer Sicht über die Neustrukturierung der DBP zu beeinflussen und zu unterrichten?
21. Abgeordneter
Müller
(Pleisweiler)
(SPD)
- Wieweit muß bei einem Nichtfunktionieren des TV-Sat der Bund für die Gesamtverluste (einschließlich Startkosten) aufkommen, und wieviel ist durch Versicherungen abgedeckt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

22. Abgeordnete
Frau
Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung die von der Comision Nacional Sobre la Desaparicion de Personas (CONADEP) zusammengestellte Liste von über 1 300 Folterern aus der Zeit der Militärdiktatur in Argentinien von 1976 bis 1983 inzwischen bekannt, und hat sie in Erfahrung gebracht, welche dieser Personen inzwischen in den diplomatischen Dienst übernommen worden sind?
23. Abgeordnete
Frau
Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Schritten hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten bislang zur Aufklärung der Schicksale der 72 deutschen und deutschstämmigen Verschwundenen beigetragen, und welche weiteren Schritte gedenkt sie zu unternehmen?
24. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Stimmt die Bundesregierung mit mir darin überein, daß die USA mit ihrem bereits laufenden Projekt (vergleiche FAZ vom 28. Oktober 1987), Mini-Atomreaktoren zur Versorgung von SDI-Komponenten zu bauen und in erdnahen Umlaufbahnen zu postieren, gegen die bisherige Regel, keine Kernreaktoren in erdnahe Schichten zu bringen, verstößt, und daß sie damit den Auslöser zur nuklearen Verseuchung der Atmosphäre gibt?
25. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Wenn ja, wann und in welcher Form wird die Bundesregierung ihren Protest gegenüber der US-Regierung zum Ausdruck bringen?

26. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung der CSSR bei den derzeitigen Gesprächen zur Einführung von Tagesvisen an den Grenzen zur CSSR nach der gegenwärtigen Rechtslage noch keine Gegenseitigkeit anbieten kann, und was wird sie unternehmen, um z. B. durch eine Änderung des Ausländergesetzes (§ 20) – zumindest auf Gegenseitigkeit – sicherzustellen, daß auch die mit der Paßnachschau beauftragten Behörden ermächtigt werden, normale Sichtvermerke auszustellen?
27. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Treffen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Beobachtungen der Presse (FAZ vom 2. November 1987) zu, nach denen politische Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland bei Vorträgen und anderen Gelegenheiten in Spanien sich der englischen Sprache bedienen, obwohl ohnehin gedolmetscht werden muß, und hat die Bundesregierung Verständnis für die Verwunderung, die solches Verhalten in Spanien auslöst?
28. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Ministerien der Bundesregierung in ihren Korrespondenzen mit der spanischen Regierung sich immer mehr eines – oftmals fehlerhaften – Englisch bedienen, und ist die Bundesregierung bereit, ihre Mitarbeiter anzuweisen, solche Korrespondenzen künftig in deutscher oder spanischer Sprache abzuwickeln?
29. Abgeordnete
Frau Hensel
(DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß der südafrikanische Premier Botha anläßlich des Stapellaufs der SAS Drakensberg erklärte, mit der Fertigstellung dieses Schiffes sei der Beweis erbracht, daß Südafrika eigene U-Boote bauen könne?
30. Abgeordnete
Frau Hensel
(DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, ob in Südafrika gegenwärtig U-Boote gebaut werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

31. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Kann die Bundesregierung im Hinblick auf die Notiz „Im Zwielficht“ in der Nr. 23 vom 20. November 1987 der Zeitschrift PUBLIK-FORUM bestätigen, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau keine Geschäfte mit der Republik Südafrika oder von der Republik Südafrika kontrollierten öffentlichen oder wirtschaftlichen Einrichtungen tätigt?

32. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Abdruck einer parteipolitischen Polemik gegen die SPD des schleswig-holsteinischen CDU-Vorsitzenden und Bundesministers der Finanzen, Dr. Stoltenberg, aus dem CDU-Pressedienst (DUD vom 3. September 1987) wenige Tage vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl im offiziellen Pressedienst des Bundesministeriums der Finanzen (BMF-Finanznachrichten 36/87 vom 4. September 1987) im Hinblick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (BVerGE 44, 125 ff.)?
33. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung in Zukunft dafür Sorge tragen, daß nicht auch in Bonn – wie in Kiel – staatliche Einrichtungen und/oder Instrumente der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit für parteipolitische Interessen in Dienst genommen werden?
34. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bezeichnung „nicht verheiratet“ von verwitweten Steuerpflichtigen auf der Lohnsteuerkarte als Diskriminierung empfunden wird, und ist die Bundesregierung bereit, die Initiative dafür zu ergreifen, daß die frühere Regelung, die die Bezeichnung als „verwitwet“ vorsah, wieder hergestellt wird?
35. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Weshalb wurde die frühere Regelung überhaupt geändert?
36. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß es Truppenübungsplätze mit und Truppenübungsplätze ohne Überlassungsvertrag gibt, und gedenkt die Bundesregierung hier einheitliche Regelungen herbeizuführen?
37. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, für den Truppenübungsplatz Senne einen Überlassungsvertrag mit den britischen Streitkräften abzuschließen, der auch ein neues Gesamtnutzungskonzept umfaßt?
38. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD)
- Aus welchem Grund teilte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Voss, mir auf meine Fragen vom 1. Oktober 1987 mit, daß die Bundesregierung über kein Informationssystem verfüge, um Angaben über die regionale Verteilung von Bundesausgaben zu machen, wenn es nach einer Meldung der WIRTSCHAFTSWOCHE vom 6. November 1987 dem Bundesminister der Finanzen durchaus möglich war, eine Liste über „Leistungen aus dem Bundeshaushalt an das Land Schleswig-Holstein“ vorzulegen, und der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Riedl, in der Fragestunde vom 7. Oktober 1987 zusagte, „ihn so bald wie mög-

lich schriftlich über die Richtigkeit der in der WIRTSCHAFTSWOCHE vom 4. September 1987 abgedruckten Zahlen zur regionalen Verteilung von Bundesaufträgen zu unterrichten“?

39. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)

Wie verteilen sich die „Leistungen aus dem Bundeshaushalt 1986“ auf die einzelnen Bundesländer?

40. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Wie hat der Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein der CDU, Dr. Stoltenberg, nach dem Parteitagsprotokoll des CDU-Landesparteitages in Travemünde, das dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Häfele in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 2. Dezember 1987 zur Verfügung stand, die Umstände dargestellt, unter denen er bei der Suche nach einem neuen Generalsekretär für den CDU-Landesverband Schleswig-Holstein Einsicht in die Personalakte eines damaligen Oberstleutnants der Bundeswehr erhalten hat, und hat eine schriftliche Einverständniserklärung des Betroffenen im Bundesministerium der Verteidigung vorgelegen?

41. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Wie vereinbart die Bundesregierung die Ankündigung des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung, die Bedingungen für die Arbeit privater gemeinnütziger Stiftungen zu verbessern, mit der geplanten Belastung dieser Stiftungen durch die Quellensteuer, und wird deshalb eine Herausnahme dieser Stiftungen aus der Quellensteuer beabsichtigt?

42. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung im einzelnen vorbereitet, um die Bedingungen für die Arbeit gemeinnütziger Stiftungen zu verbessern und den Anreiz zu verstärken, daß privates Vermögen für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

43. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)

Welche Regionen des Zonenrandgebietes würden nicht mehr gefördert werden, wenn im Geltungsbereich des Zonenrandförderungs-Gesetzes die gleichen Indikatoren zur Beurteilung der Fördergebiete herangezogen würden wie in den übrigen Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA)?

- | | |
|---|--|
| 44. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU) | Welche Regionen außerhalb des Zonenrandgebietes könnten bei gleichbleibendem Fördergebietsumfang statt dessen in die Förderung einbezogen werden? |
| 45. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) | Welche Auswirkungen hätte die Hamburger Initiative zur Änderung des Investitionszulagen- und des Zonenrandförderungsgesetzes auf die Zonenrandförderung insgesamt, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein zu veranlassen, ihre bilateralen Probleme ohne Gefährdung der Zonenrandförderung zu lösen? |
| 46. Abgeordneter
Gansel
(SPD) | Was hat die Bundesregierung unternommen, nachdem sie Hinweise erhalten hat, daß Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland an der Giftgasproduktion für den Irak beteiligt waren bzw. sind? |
| 47. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN) | Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Zusammenarbeit der Firmen Industriekontor Lübeck (IKL) und Howaldtswerke (HDW) mit der Republik Südafrika beim Bau des Versorgungsschiffes SAS Drakensberg? |
| 48. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN) | Welche andere Firmen neben IKL und HDW haben nach dem Wissen der Bundesregierung Südafrika beim Bau der SAS Drakensberg unterstützt? |
| 49. Abgeordnete
Frau Beer
(DIE GRÜNEN) | Bestreitet die Bundesregierung die Tatsache, daß südafrikanische Techniker beim Industriekontor Lübeck für den Bau des Versorgungsschiffes SAS Drakensberg und für den U-Boot-Bau ausgebildet worden sind? |
| 50. Abgeordnete
Frau Beer
(DIE GRÜNEN) | Hat die Bundesregierung Informationen darüber, ob bundesdeutsche Firmen außer in den Fällen der U-Boot-Blaupausen-Lieferungen nach Südafrika und der Zusammenarbeit beim Bau der SAS Drakensberg in weiteren Projekten des Kriegsschiffsbaus in Südafrika engagiert? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

- | | |
|--|---|
| 51. Abgeordneter
Müller (Pleisweiler)
(SPD) | Hat die Bundesregierung bei ihrem Beschluß, bei offenen Badekuren den Pensionskostenzuschuß der Krankenkassen künftig zu halbieren, erwogen, welche Auswirkungen dies auf die Zahl derjenigen hat, die offene Badekuren nutzen, und welche wirtschaftlichen Auswirkungen diese Kürzungsmaßnahme bei den bundesdeutschen Badeorten haben wird? |
|--|---|

52. Abgeordneter
Schulhoff
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Arbeitsämter in zunehmendem Maße von der Herabbemessung der Arbeitslosenhilfe nach § 136 Abs. 2 Arbeitsförderungsgesetz Gebrauch gemacht wird?
53. Abgeordneter
Schulhoff
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung gegebenenfalls nicht für geboten, gerade wegen der Probleme, die bei älteren Langzeitarbeitslosen bestehen, die Anwendungspraxis des § 136 Abs. 2 Arbeitsförderungsgesetz zu überdenken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

54. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die praktischen Auswirkungen der neuen Grußordnung (ZDV 10/8) nach Einführung in der Bundeswehr vor, insbesondere der Anwendung von Ziffer 628: „Untergebene sprechen unmittelbare Vorgesetzte mit Disziplinargewalt auch außer Dienst mit der dienstlichen Anrede an.“?
55. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD) Gilt die in Ziffer 628 beschriebene Pflicht zur dienstlichen Anrede für alle Arten außerdienstlicher Begegnung, etwa bei privaten Einladungen, im Verein, in der Gaststätte, in der Sauna, bei Nachbarn im Mehrfamilienhaus oder in einer Wohnsiedlung?
56. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die angeblich vorliegende Einverständniserklärung des damaligen Oberstleutnants im Bundesministerium der Verteidigung zur Einsichtnahme in seine Personalakte durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Schleswig-Holstein der CDU, Dr. Stoltenberg, dem Verteidigungsausschuß in nichtöffentlicher Sitzung vorzulegen?
57. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Welche Vorkehrungen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen, um zu verhindern, daß bei der Bewerbung von Bundeswehrsoldaten für Parteiämter in Zukunft Einsicht in ihre Personalakten genommen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

58. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Läßt sich nach Auffassung der Bundesregierung die Tatsache, daß das mehrheitlich der Deutschen Bundesbahn gehörende „Deutsches Reisebüro“ wie einer Anzeige in der „Welt“ vom 13. November 1987 zu entnehmen ist, nun schon für eine fünfte und sechste Wiederholungsreise

nach Südafrika u. a. mit Verlängerungsmöglichkeiten im Namibia wirbt, mit den Vorstellungen der Bundesregierung zur Überwindung des undemokratischen und unterdrückerischen Apartheidsystems in Südafrika vereinbaren, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Aktivitäten des „Deutschen Reisebüros“?

59. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)

Ist, nachdem der Bundesminister für Verkehr im Herbst 1986 von einer damals geplanten Verlagerung von Bereichen der Stoffgruppen und der maschinentechnischen Gruppen des Gleisbauhofs Homburg Abstand genommen hat, der seitdem praktizierte Abbau von 26 qualifizierten Arbeitsplätzen in den Bereichen eine der vom Bundesminister für Verkehr damals erwähnten Alternativen?

60. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der Arbeitsmarktlage ein derartiges Vorgehen gerade in diesem strukturschwachen Gebiet, und hält sie dies für die sozial verträglichste Maßnahme?

61. Abgeordneter
Brück
(SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Vorstand der Deutschen Bundesbahn auf Grund der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren größere Personalengpässe in den Ballungsräumen erwartet und deswegen beabsichtigt, Aufgaben in der Oberbauerhaltung in zunehmendem Maße in strukturschwache Gebiete wie das Saarland zu verlagern?

62. Abgeordneter
Brück
(SPD)

Welche Folgen wird dies konkret für den Gleisbauhof Homburg-Saar haben?

63. Abgeordnete
Frau
Saibold
(DIE GRÜNEN)

Wie gedenkt die Bundesregierung den Anschluß der Region Niederbayern an das Schnellbahnsystem der Deutschen Bundesbahn zu sichern, wenn jetzt auch noch der einzige IC-Halt – des „Johann-Strauß“ – in Plattling gestrichen wird?

Bonn, den 4. Dezember 1987